

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl. Redakteur: Dresden.
Verleger: Carl Neubauer, Dresden.
Für die Redaktion: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Oktober 1925 bei 14gl. zweimaliger Zustellung drei Haus 1,50 Mark.
Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 40 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Obergrenze 10 Pfg. Zusätzl. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Neugebäude & Neugebäude in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Wachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unersuchtige Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hotel „Europahof“ Feinstes Restaurant am Platze — Jeden Nachmittag Tanz-Tee —

Deutsch-französische Sonderbesprechungen.

Ernste Zuspitzung der Verhandlungen über Ostgarantie und Völkerbundsbeitrag.
Briands Unnachgiebigkeit in den Ostfragen. — Italiens Indiskretion. — Rußland zum deutschen Handels-Kredit.

Die Vollkonferenz am Mittwoch.

Eine deutsch-französische Begegnung.
Von unserem Sonderberichterstatter.
Locarno, 7. Oktober. Die Vollkonferenz ist heute nachmittags 4 Uhr wieder zusammengetreten. Bei Beginn der Sitzung wurde die Lage in deutschen Kreisen ziemlich ernst beurteilt. — Heute mittags hat eine Begegnung zwischen zwei maßgebenden Mitgliedern der deutschen und der französischen Delegation stattgefunden, an der aber nicht, wie nach französischer Quelle verlautete, Dr. Stresemann teilgenommen. Ueber diesen Schritt wird zur Stunde noch das allerstrengste Stillschweigen bewahrt.

Man sieht dem große Bedeutung zu. Es ist wohl anzunehmen, daß es sich um den Versuch handelt, die festgefahre- nen Verhandlungen möglichst wieder flott zu machen. Bei der allgemeinen Nervosität, die durch die Politik der Geheimnisse verursacht worden ist, steht man dem Ergebnis der heutigen Vollkonferenz mit großer Spannung entgegen.

folgendes Kommuniqué

ausgegeben: In der heutigen Sitzung der Konferenz wurde zunächst die allgemeine Aufsprache wieder aufgenommen und alsdann der Bericht der Reichsregierung über die Verhandlungen in Locarno zur Kenntnis der Teilnehmer gebracht. Die beiden Artikel, die von der Konferenz behandelt wurden, waren 1. der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, 2. die Garantie, die Frankreich den südlichen Nachbarn Deutschlands beim Abschluß eines Ostpaktes gewähren will. Briand, Stresemann und Chamberlain entwickelten ihre Anschauungen über diese Probleme. Briand wies darauf hin, daß Deutschland nach Locarno gekommen wäre, nachdem es den Standpunkt der Alliierten in dieser Frage kannte. Was nun den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betrifft, wiederholte Briand, daß er die Vorbedingung für die Inkrustierung des Sicherheitspaktes sei. Er fügte hinzu, daß Deutschland durch seinen Eintritt die volle Freiheit bestimme, wie alle Mitglieder des Völkerbundes, eine neue Auslegung des § 16 zu verlangen, insbesondere was den Durchmarsch militärischer Kräfte durch deutsches Gebiet betreffe. Er schilderte im einzelnen die Gesichtspunkte, von denen aus Frankreich den Ostpakt garantieren wolle.

Dr. Stresemann antwortete hierauf, indem er im allgemeinen den Standpunkt seiner Regierung darlegte, ohne indes sich in Einzelheiten einzulassen. Chamberlain, Bander- veld und Scialoja unterstüzten im Namen ihrer Regierungen die Erklärungen Briands. Die allgemeine Debatte über diese Fragen ist auf einen späteren Zeitpunkt vertagt worden. Erst am Mittwoch nachmittags wird man an die einzelnen Probleme näher herantreten und sich vielleicht ein Bild von den Aussichten der Verhandlungen machen können.

Deutschland steht auf einer Mauer!

Berlin, 7. Oktober. An Berliner amtlicher Stelle wird darauf hingewiesen, daß die Ankunft des tschechischen und des polnischen Außenministers nicht geeignet erscheint, die gegenwärtigen Verhandlungen in Locarno zu fördern. Ferner wird erklärt, daß bisher in den Verhandlungen in Locarno nichts Entscheidendes geschehen ist. Die aus Locarno ein- treffenden Berichte zeigen immer deutlicher, daß die deutsche Delegation in Locarno noch immer auf eine Mauer steht.
Die zwei wesentlichen Punkte, um die es sich jetzt dreht, sind ohne Zweifel die Frage der Ostgarantie Frankreichs in Verbindung mit der Frage der Garantieverträge, der Schiedsverträge und der Bündnisverträge Frankreichs. Damit hängt auch die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zusammen. Es wird in Locarno als eine Art Desavouierung des Völkerbundes angesehen, wenn Frankreich auf seinem direkten Garantievertrag weiter bestände. Hier liegen die größten Schwierigkeiten. Auf französischer Seite werden hier offenbar Prestigefragen stark in den Vordergrund geschoben, die natürlich zugleich ihren politischen Hintergrund haben. Es fragt sich nun, ob die Anwesenheit des polnischen Außenministers in Locarno nicht noch ver- schärfend wirken wird. Wenn es zuträfe, sollte, daß der polnische Außenminister die Herbeiführung Rußlands zur Konferenz in Vorschlag bringen wollte, so würde er damit auf Seiten der Alliierten wenig Gegenliebe finden.

Auch nach Mitteilung aus ausländischer Quelle sind in den bisherigen Verhandlungen in der Hauptsache nur zwei Punkte herausgegriffen worden. Die Meinungen sind geteilt, je nachdem es sich um das französische Recht auf Einmarsch in Deutschland" gehandelt habe, oder um die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Auf deutscher Seite betrachtet man die Verhandlungen mit großer Skepsis. In den Kreisen der Alliierten soll eine gewisse Enttäuschung über das Verhalten der deutschen Delegation herrschen, die, wie man jetzt allgemein sagt, in den bisherigen Verhandlungen Unnachgiebigkeit zeige.

Die Garantiefrage als heikelster Punkt.

Berlin, 7. Okt. Nach der Ansicht der Berliner politischen Kreise ist augenblicklich die Garantiefrage der heikelste Punkt, an dem unter Umständen die ganze Konferenz scheitern könnte. Engländerseits wird die Auffassung vertreten, daß die französische Garantie ja nur dann wirksam werden könne, wenn Polen durch Deutschland angegriffen und Deutschland vom Völkerbund als Angreifer festgehalten worden sei. In diesem Falle aber wäre die Garantie eigentlich überflüssig; denn dann hätte Frankreich auch ohne Garantie allein durch die Völkerbundsanktion das Recht, gegen Deutschland einzuschreiten. Man will uns damit einreden, daß unser Widerstand gegen die französische Garantie zwecklos sei und daß wir uns ohne Gefahr mit ihr abfinden könnten. Umgekehrt machen wir die gleiche Motivierung geltend, daß Frankreich auf seine Sonderwünsche ohne weiteres verzichten könne, weil es die von ihm gewünschte Sicherheit für seinen Verbündeten Polen auch ohne besondere Garantie gewährleistet finde. Die Garantiefrage sei dadurch zu einer Angelegenheit des politischen Prestiges geworden. Die Franzosen wollen sich nicht den Vorwurf machen lassen, daß sie ihrer eigenen Sicherheit wegen ihre Bundesgenossen im Osten verraten. Davon kann bei Abschluß eines Rheinlandpaktes nicht die Rede sein. Aber Briand hat mit der eigenartigen Mentalität des polnischen Volkes zu rechnen. Wir Deutschen aber können einen Schiedsvertrag mit Polen unmöglich der besonderen Garantie einer Macht unterstellen, die Polen durch ein militärisches Bündnis besonders verpflichtet ist und überdies in den letzten Jahrzehnten eine grundtätig feindselige Haltung gegen Deutschland eingenommen hat. Das ist für die deutsche öffentliche Meinung schlichtweg unannehmbar.

„Frankreich wird seine Haltung nicht ändern“

Eine Erklärung Briands.
Paris, 7. Okt. Außenminister Briand hat dem Vertreter des „Matin“ in einer persönlichen Unterredung erklärt, es werde zu keinerlei Ueberraschungen kommen. Die Konferenz war von langer Hand vorbereitet, und Frankreich werde seine Haltung nicht ändern. Die Deutschen müßten zu- sehen, ob sie im allgemeinen Interesse und in einer für den Reichstag annehmbaren Form sich damit abfinden könnten, daß die Alliierten noch während einiger Jahre bis zur Herbeiführung einer endgültigen Entspannung ihre defensive Stellung (1) beibehalten. Wenn Deutschland den Frieden wolle, so könne es an den Klauseln des Garantievertrags- entwurfs keinen Anstoß nehmen.

Der Artikel 16 des Völkerbundes.

Angeichts der hervorragenden Bedeutung, die der Art. 16 der Völkerbundsanktion für die Verhandlungen über den Ein- tritt Deutschlands in den Völkerbund und damit auch für das Zustandekommen des Sicherheitspaktes hat, sei der Wortlaut dieses Artikels wiedergegeben:
„Schreitet ein Bundesmitglied entgegen den in Art. 12, 18 und 15 übernommenen Verpflichtungen zum Kriege, so wird es ohne weiteres so angesehen, als hätte es eine Kriegshandlung gegen alle anderen Bundesmitglieder begangen. Diese verpflichten sich, unverzüglich alle Handels- und Finanz- beziehungen zu ihm abzubrechen, ihren Staatsangehörigen jeden Verkehr mit den Staatsangehörigen des verurteilten Bundesstaates zu unterlassen und alle finanziellen und persönlichen Verpflichtungen zwischen den Staatsangehörigen dieses Staates und jedes anderen Staates, gleichviel ob Bundesmitglied oder nicht, abzuschneiden. In diesem Falle ist der Staat verpflichtet, den verschiedenen beteiligten Regie- rungen vorzuschlagen, mit welchen Land- und Seestreitkräften jedes Bundesmitglied für seinen Teil zu der bewaffneten Macht beizutragen hat, die den Bundesverpflichtungen Achtung zu verschaffen bestimmt ist. Die Bundesmitglieder sagen sich außerdem wechselseitige Unterstützung bei Ausführung der auf Grund des Artikels zu ergreifenden wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen zu, um die damit verbundenen Verluste und Nachteile auf das Mindestmaß herab- zusetzen. Sie unterstützen sich gleichfalls wechselseitig in dem Widerstande gegen jede Sondermaßnahme, die der vertrags- brüchige Staat gegen einen von ihnen richtet. Es veranlassen alles Erforderliche, um den Streitkräften eines jeden Bundes- mitgliedes, das an einem gemeinsamen Vorgehen zur Wahrung der Bundesverpflichtungen teilnimmt, den Durchgang durch ihr Gebiet zu ermöglichen.“

Die Kernfragen des Paktentwurfs.

Benech, der geschäftstüchtige commis voyageur der Entente, und der für deutsche Jungen unaussprechliche pol- nische Graf Straynski, der die deutschfeindliche Außenpolitik Polens mit seinem Namen deckt, sind in Locarno eingetroffen. Wenn gesehen sind sie nicht, offiziell geladen auch nicht. In Genf waren sie vielmehr von Chamberlain ziemlich unmiß- verständlich ausgeduldet worden. Aber Benech glaubt mit seinem letzten diplomatischen Schritt in Berlin, bei dem er seine Bereitschaft zum Abschluß eines Schiedsvertrages mit Deutschland notifizieren ließ, sich den Schlüssel zum Konferen- saal in Locarno gefüllt zu haben, während Straynski offenbar auf einen sicher nicht leichten Herzog erteilten Wink Briands kommt, da Frankreichs hartnäckigste Forderungen sowohl im Westpakt als auch in den künftigen Ostverträgen in engstem Zusammenhange mit den französischen Bündnissen mit Polen und der Tschecho-Slowakei stehen. So wenig man an sich Benech und Straynski in Wirklichkeit etwas mit dem im Kon- ferenzsaal allein vorerst zur Verhandlung stehenden Fragen des Rheinpaktes zu tun haben, so wenig wird man sich darüber täuschen dürfen, daß mit dem Auftreten dieser beiden deutschen Geschäftsmacher vor und hinter den Kulissen, in der idyllischen Umgebung und in Locarno selbst der politische Handel beginnt, der vielleicht fürs erste das eigentliche Kon- ferenzthema, den Rheinpakt, noch nicht berührt, dessen Aus- wirkungen aber auch im Konferenzsaal sehr bald zu spüren sein dürften. Und das wird um so eher der Fall sein, als Chamberlains Taktik des geringsten Widerstandes schon nicht mehr durchzuführen ist. Es war vielleicht richtig, daß man zuerst die Artikel des Westpaktentwurfs erledigte, über die Meinungs- verschiedenheiten nach der Londoner Juristenkonferenz nicht mehr bestanden, daß man Formulierungen mehr juristischer Art den Sachverständigen überließ, die eigentlichen politischen Fragen aber zunächst noch zurückstellte. Man verfolgt damit den Zweck, den ganzen Verhandlungsprozeß in einzelne Teile zu zerlegen, die verhältnismäßig geringe Inzidenzen erfor- dern, aber allmählich immer härter werdende Bindungen mit sich bringen. Das mochte fürs erste angehen. Daß diese Taktik aber auch bedenkliche Gefahren mit sich bringen kann, leuchtet um so mehr ein, als sie es unter Umständen gestattet, die ersten deutschen Vorbehalte für irgendwelche Pak- tabschlüsse mehr und mehr in den Hintergrund zu drängen. Immerhin sind die deutschen Vorbehalte in bezug auf die Räumung Kölns, die übrige Rheinlandbesetzung, den Völker- bundsbeitrag, Elsaß-Lothringen und das Saargebiet auch von der Reichsregierung so präzise formuliert und so ausdeutlich kommentiert worden, daß man ihre energische Vertretung durch die deutsche Delegation unbedingt voraussetzen kann. Und so wertvoll es ist, daß Parteien und öffentliche Meinung keinen Augenblick in ihrem Eifer nachlassen, sie ständig her- vorzuheben und zu unterstreichen, so wenig würde man den deutschen Interessen dienen, wenn man die unbedingt not- wendige Elastizität der deutschen Delegation ohne stichhaltige Gründe durch Einwirkung auf ihre Taktik beeinträchtigen wollte. Mit Recht hat die gesamte öffentliche Meinung Deutsch- lands bis jetzt diese allgemeinen und unverzichtbaren Vor- behalte in den Vordergrund geschoben. Die indiskrete Be- fanngabe des Westpaktentwurfs durch die italienische Presse und die ernste Zuspitzung der Dinge in Locarno lenkt aber jetzt die Aufmerksamkeit auf das eigentliche Verhandlungsthema, das im Konferenzsaal selbst zur Debatte steht.

Selbstverständlich kann sich Deutschland durch den West- pakt oder durch Ostverträge auf keinen Fall noch einmal auf das Versailles Diktat festlegen lassen, das zu bekämpfen und zu beseitigen das oberste Ziel der deutschen Politik ist. Nach der Juristenkonferenz in London wußte denn auch die „Chicago Tribune“ von dem sehr wertvollen Ergebnis der Besprechungen zu berichten, daß der Versailles Vertrag in dem Pakt nicht erwähnt werde, und daß nur auf seine Bestimmungen über die neutralisierte Rheinlandzone Bezug genommen werde. Um so mehr muß jetzt die italienische Mitteilung überraschen, daß Artikel 6 des alliierten Garantiepaktentwurfs ausdrück- lich die Rechte der Alliierten aus dem Versailles Vertrag anerkenne, und daß nach diesem Artikel auch die Rechte unberührt bleiben sollen, die die Alliierten als Ver- bündete oder Garanten anderer Mächte (Polen und Tschechien) erworben haben. Daß ein derartiger Artikel den Pakt für uns unmöglich machen würde, steht außer Frage, und wahrscheinlich wird dieser Artikel, der augenblicklich noch nicht zur Verhandlung gekommen ist, noch scharf umkämpft werden.
Die bedeutendste Schwierigkeit des Rheinpaktes aber dreht sich außer um den deutschen Völkerbundsbeitrag vor